

Handelsblatt

SCHENGEN

Das offene Europa ist in Gefahr

Dänemark will wieder permanente Kontrollen an den Grenzen zu Deutschland und Schweden einführen. Angeblich kommen zu viele Kriminelle und Flüchtlinge ins Land. In Wirklichkeit werden aus innenpolitischem Kalkül elementare europäische Ideale zu Grabe getragen. Denn zwischen einem liberalen Politikverständnis, das auf den freien Verkehr von Menschen, Waren und Dienstleistungen setzt, und einer auf Abschottung gründenden Politik gibt es keinen Kompromiss.

Bis vor wenigen Wochen schien die innereuropäische Welt in Ordnung. Die Reisefreiheit im Rahmen des Schengen-Abkommens galt als funktionsfähiges System mit enormer Symbolkraft. Italiens Premier Berlusconi hat diesen Frieden ohne Not zerstört, als er Tausenden nordafrikanischen Flüchtlingen die Weiterreise in andere EU-Staaten ermöglichte, um deren Solidarität einzufordern. Damit hat Rom eine Debatte über Europas Grenzen entfacht, die nicht mehr so leicht auszutreten ist. Schon hat die EU-Kommission angekündigt, das Schengen-System zu reformieren. Behutsam zwar, aber dennoch: Es soll geändert werden. Erpressung als politisches Druckmittel scheint in Europa Früchte zu tragen.

National-egoistische Politik ist unter den EU-Mitgliedern auf dem Vormarsch. Wie in Dänemark feiern vielerorts europakritische und populistische Parteien Wahlerfolge. Ihr Weltbild ist so schlicht wie untauglich für eine globalisierte Welt, die von den Europäern vor allem Zusammenhalt erfordert. Es lautet: zurück zur Nation, Eigeninteressen zuerst.

Als Hüterin der Verträge muss die Kommission eine solche Politik, ohne zu laviieren, klar verurteilen. Vertragsverletzungsverfahren können einer ungesunden Renationalisierung Einhalt gebieten. Grenzkontrollen wieder einführen, gleichzeitig aber Mitglied im offenen Schengen-Raum sein, wie es Kopenhagen vorschwebt? Wo gibt's denn so etwas! Der überwiegenden Mehrheit der EU-Bürger kommt es überhaupt nicht in den Sinn, diese Erregung infrage zu stellen: die Selbstverständlichkeit, mit der sie sich ohne lästige Grenzkontrollen zwischen den Staaten bewegen können.

Diese Freizügigkeit ist eine überragende Leistung europäischer Integration. Man kann sie nicht hoch genug schätzen. Für jeden, der sich in der EU wie im Inland bewegen kann, ist das Identitätsstiftend. Dass Dänemark hieran die Axt legt, muss jeden Europäer nachdenklich stimmen.

Für die Wirtschaft lauert hier ein besonderes Risiko. Wäre die Freizügigkeit für Personen erst einmal verspielt, könnte das Beispiel Dänemarks auch im Handel und beim Kapitalverkehr Schule machen: Das wäre der Anfang vom Ende des Binnenmarktes. Erfolgreicher Handel, technologischer Fortschritt und die internationale Wettbewerbsfähigkeit Europas beruhen auf einem Klima von Offenheit und Kooperation. Dafür steht Schengen. Dafür sollten die Europäer eintreten.

Thomas Ludwig



Der Autor ist Korrespondent in Brüssel. Sie erreichen ihn unter: ludwig@handelsblatt.com

Verantwortlicher Redakteur der Meinungsseiten: Thomas Hanke, Berlin. Sie erreichen die Meinungsredaktion: E-Mail: hb.meinung@vhb.de Adresse: Kasernenstraße 67, 40213 Düsseldorf

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

FRAUENFÖRDERUNG

Mehr Mut, Frau Merkel!

Barbara Gillmann



Deutschlands Frauen arbeiten zu wenig und bekommen zu wenig Kinder. Um das zu ändern, muss die Regierung endlich mutig umsteuern. Die Unternehmen aber auch.

Die Frauen sind schuld. Die Frauen sind die Rettung. Sie sind schuld an der Misere Deutschlands, weil sie einerseits zu wenig Kinder kriegen und andererseits, weil sie zu wenig auswärts arbeiten. Eben darum liegt es auch an ihnen, unsere Zukunft zu retten: Sie sind die vielversprechendste und größte Ressource im Kampf gegen den Fachkräftemangel. Und von ihnen hängt es ab, ob Deutschland die Kurve bei der Fortpflanzung vielleicht doch noch bekommt. Wie lange will die Bundesregierung eigentlich noch warten, um das Steuer heranzureißen?

In der Bundesrepublik arbeiten rund sechs Millionen Frauen nicht gegen Lohn,

vielen davon gut qualifiziert. Von denen, die einen Beruf ausüben, arbeitet nur jede Zweite Vollzeit. Und die Teilzeitkräfte sind im Schnitt nur 18 Stunden pro Woche aktiv. Damit sind wir in Europa Schlusslicht. Die Geburtenrate ist trotzdem eine der niedrigsten der Welt. Herzlichen Glückwunsches, Deutschland!

Der Bundeskanzlerin und ihrer Mannschaft fällt dazu nichts wirklich Neues ein. Dabei ist das gar nicht so schwer. Es erfordert allerdings Mut zum großen Wurf.

Zuerst muss sie das Grundgesetz so ändern, dass der Bund wieder Geld für die Schulen ausgeben darf. Wenn die Länder das nicht wollen, rechnet man ihnen vor, was sie nach erfolgter Unterschrift dafür bekommen: Ein neues Ganztagschulprogramm zum Beispiel. Ziel: flächendeckendes Angebot samt kostenlosem Mittagessen. Zweitens: Der Kita-Ausbau muss stärker werden als geplant - Plätze nur für ein Drittel der Kinder im Alter zwischen eins und drei ist zu wenig. Bei dieser Gelegenheit muss der Rechtsanspruch zudem auf den ganzen Tag erweitert werden.

So entsteht endlich die Basis für eine verlässliche Kinderbetreuung. Nur so werden sich mehr Frauen und Männer als bisher gleichzeitig Kinder und Beruf zuvertrauen und mehr Frauen bereit sein, mehr als nur zehn oder 20 Stunden die Woche zu arbeiten.

Geld kann man durch die Kürzung von Kindergeld und Freibetrag hereinholen. Außerdem ist es höchste Zeit, das antiquierte Ehegattensplitting abzuschaffen - das, nebenbei bemerkt, den 1,5 Millionen Alleinerziehenden ohnehin nicht hilft.

Auch wenn wohl kaum eine Frau wegen des Splittings eine steile Karriere aufgibt, fördert es die Hausfrauenehe: Traditionell gestrickte Ehemännern liefert es das Argument, dass sich eine Nebentätigkeit für die Gattin „nicht lohnt“. Zudem ist ein durch Steuerklasse V reduziertes Gehalt für dazuverdienende Frauen hochgradig demotivierend. Ein Ende haben muss auch die kostenlose Mitversicherung der Hausfrauen in der Krankenkasse, denn sie signalisiert wie das Splitting: Bleibt zu Hause, haltet euren Männern den Rücken frei, die Solidargemeinschaft sorgt für euch.

All das aber bitte - anders als bei der Reform des Unterhaltsrechts - mit Übergangsfristen oder Stichtagen. Denn die Frauen, die zugunsten von Gatten und Kindern vor 20 Jahren die Hausfrauenrolle akzeptiert haben, dürfen nicht dafür bestraft werden, dass die Republik das Modell nicht mehr recht gebrauchen kann.

Die andere Seite der neuen Geschäftsgrundlage müssen ausreichend attraktive Jobs in der Wirtschaft und gleiche Bezahlung sein. Appelle gab es genug, die Zeit ist reif für eine Quote. Trauen Sie sich, Frau Merkel! Anfangen könnte die Kanzlerin mit ihrer Regierung: Die Frauenquote bei den Staatssekretären etwa ist noch beschämend gering.

Zum Schluss ein Wort an die Männer: Neuen Studien zufolge glauben diese in Deutschland entgegen der Realität immer noch, Frauen wollten nicht vorrangig wegen des Geldes, sondern wegen der „Selbstverwirklichung“ arbeiten - so nach dem Motto: Das tut ihr gut, da kommt sie mal unter die Leute. Deshalb gilt Vollzeitar-

WORTE DES TAGES

„Die Abstimmung im Deutschen Bundestag über diesen Rettungsschirm im Herbst ist so existenziell, dass sie einer Vertrauensfrage gleichkommt.“

FRANK STEFFEL, CDU-Finanzpolitiker, warnt vor einem Scheitern der Koalition bei einer Abstimmungsniederlage

„Es darf nicht jedem Ruf nach neuen Hilfen nachgegeben werden.“

DIETER HUNDT, Arbeitgeberpräsident, zu weiteren Hilfen für Griechenland

„Wir waren etwas überrascht, das gebe ich zu.“

HANS-PETER FRIEDRICH, Bundesinnenminister, zu den dänischen Plänen für Grenzkontrollen

„Ich glaube, es gibt nur wenig vergleichbare Transaktionen, die derart attraktiv sind.“

RETO FRANCONI, Chef der Deutschen Börse, zu den Vorzügen einer Fusion seines Unternehmens mit der New Yorker Nyse

beit von Müttern auch noch immer als überflüssig bis anrüchig. Dabei ist es meist finanzielle Notwendigkeit oder der Wunsch nach Selbstverwirklichung, die die Frauen dazu bringen, eine Arbeit anzunehmen.

Und weil sie sich bisher auf den häuslichen Rückhalt verlassen konnten, arbeiten Männer in Deutschland mehr als in den meisten anderen Industrieländern. Viel zu viele glauben noch immer, sie seien nicht wichtig in der Firma, wenn sie vor 19 Uhr das Büro verlassen. Zweimal die Woche um fünf das Kind von der Kita abholen? Geht gar nicht. Zu viele Chefs fördern bewusst oder unbewusst eine unnötige Anwesenheitskultur. Meetings am frühen Abend sind in den wenigsten Fällen unverzichtbar.

In den Unternehmen geht die Angst um, schon bald Aufträge wegen Personalmangel ablehnen zu müssen. Deshalb rufen sie laut nach den gut qualifizierten Frauen und nach staatlich organisierter Kinderbetreuung. Sie werden aber nur dann genügend Arbeitnehmerinnen bekommen, wenn sie ihnen endlich gleiche Aufstiegschancen und Gehälter bieten wie den Männern. Wenn sie zudem die Arbeit endlich auch in Vollzeitjobs familienkompatibel organisieren - und zwar für beide Geschlechter -, bekommen vielleicht ja wieder mehr Frauen überhaupt Kinder oder wagen auch mal ein drittes. Die könnten die Unternehmen dann in den Jahren 2030 ff. einstellen.

Die Autorin ist Korrespondentin in Berlin. Sie erreichen sie unter: b.gillmann@handelsblatt.com

Sehr geehrter Premierminister, lieber Herr Papandreu

Mit großem Respekt verfolgt die westliche Welt Ihre Anstrengungen, der Schuldenkrise Herr zu werden. Kein anderes demokratisches Land hat in Friedenszeiten etwas Vergleichbares geleistet: Sie schrumpfen den Staatsapparat, Sie bekämpfen die Korruption, Sie erziehen Ihre Landsleute zur Steuerehrlichkeit. „Ich will den Griechen das Lächeln zurückgeben“, haben Sie am Abend Ihrer Wahl gesagt. Aber in Wahrheit wollen Sie den Griechen etwas Wertvolleres zurückgeben: ihre Selbstständigkeit. Die haben sie im Zuge der Schuldenkrise verloren. Ihr Koalitionspartner sind die Banken. Ihr Koalitionsvertrag ist auf einen großen Schulschein geschrieben.

Für mich sind Sie ein moderner Held. Sie versuchen das Unmögliche. Als Sohn eines verfolgten und verfeimten Politikers, der von der Militärjunta gejagt wurde, sind Sie mit der Gefahr groß geworden. Als die Offiziere Ihren Vater suchten, der sich auf dem Dachboden versteckte, setzte man Ihnen eine entscherte Pistole an die Stirn und forderte Sie zum Verrat auf. Sie haben die Anwesenheit Ihres Vaters geleugnet, bis der in Sorge um das Leben seines Sohns das Versteck verließ. Später flohen Sie mit ihm nach Amerika, wo Sie Ihre Jugend verbrachten. Ihr Englisch ist exzellent, Ihr Verstand hell, Ihr Wille eisern. Von alledem konnte ich mich überzeugen, als wir uns im vergangenen Frühjahr zum Gespräch in Ihrem Amtszimmer trafen. Sie sind das, was die Amerikaner einen „larger-than-life-character“ nennen.

Die Vorgängerregierungen haben Ihr Land in Richtung Ruin getrieben. 340 Milliarden Euro Schulden lasten auf dem griechischen Staat. Das ist das 155-Fache des Gewinns der 60 größten Unternehmen Ihres Landes, das 1,5-Fache dessen, was der Maastricht-Vertrag erlaubt. Diese Zeitung hat vor einem Jahr zum Kauf griechischer Staatsanleihen aufgerufen, um dem Land das zu geben, was es genauso dringend braucht wie Geld: Vertrauen. Wir wollten mithelfen, eine privat finanzierte Lösung zu finden, die ohne das Geld der europäischen Steuerzahler auskommt. Wir wollten auch mithelfen, die Negativspirale aus wachsendem Zweifel und steigendem Zins zu durchbrechen. Alle wollten das, die Ihnen Garantien gaben und Kredite zusagten: die Europäische Union, der Internationale Währungsfonds, die Regierungsführer.

Doch die Spirale dreht sich seither schneller, nicht langsamer. Als wir uns trafen, im Mai 2010, lag der Zinssatz, zu dem man Ihrem Staat auf zehn Jahre Geld lieh, bei acht Prozent. Heute liegt er bei 16 Prozent. Und er dürfte weiter steigen. Schon bei 16 Prozent

HOCHTIEF

Zu lange geklammert

Der monatelange Übernahmekampf mit ACS hinterlässt tiefe Risse, die sich quer durch das Unternehmen Hochtief ziehen. Der Vorstand, der jetzt nach der Hauptversammlung als Verlierer das Feld räumt, hat sie verursacht.

Die Belegschaft ist gespalten und verunsichert. Und das Management hat viel Zeit für das eigentliche Geschäft verloren. Reflexartig hat die Führung von Deutschlands größtem Bauunternehmen zunächst alles versucht, um den Angriff des spanischen ACS-Konzerns abzuwehren. Doch weder Demonstrationen der Beschäftigten, politische Einflussnahme noch der neue Großaktionär

Gabor Steingart



„Die Wahrheit, dass Griechenland sparen muss, ist in eine Unwahrheit umgekippt. Das Richtige ist jetzt das Falsche.“

Zinsen rentiert sich keine Investition, rafft es jeden Hausbauer dahin. Kein Staat der Welt kann 16 Prozent Zinsen zahlen. Die bittere Wahrheit, die Sie und alle, die Griechenland helfen wollten, sich eingestehen müssen, ist: Die Hilfe hilft nicht. Ihr Land gerät immer tiefer in den Sclammass.

Die Investoren verlangen einen derartig hohen Risikoaufschlag, weil sie sich selbst misstrauen. Bei 16 Prozent ist der Teilverlust des Investments einkalkuliert. Die Investoren betübeln sich mit dem hohen Zinssatz.

Sie als Premierminister versuchen, den Investoren die Angst zu nehmen. Indem Sie immer heftiger sparen, Staatsbetriebe verkaufen, Ihrem Volk immer höhere Steuern abverlangen. Doch Ihr Angstbekämpfungsprogramm ist mittlerweile selbst fürchterend geworden. Das Volk ächzt, die Schulden wachsen, die Wirtschaft schrumpft, so dass Sie aus einem immer kleineren Kuchen immer größere Brocken an die Investoren geben müssen. Um mindestens drei Prozent wird sich 2011 das Bruttoinlandsprodukt verkleinern. Es müsste aber drei Prozent wachsen, wenn Sie bis 2040 Ihre Schulden wieder auf das erlaubte Limit senken wollten. Das wird immer unrealistischer. Man kann sich keine Muskeln anhängern.

Reden wir über die Wahrheit. Die Wahrheit ist die Zwillingsschwester der Wirklichkeit. Auch der Wahrheit kann das passieren, was einem Ökosystem passiert, das überdüngt wird. Es kippt um. Auch die Wahrheit, dass Griechenland sparen muss, ist in eine Unwahrheit umgekippt. Die Volkswirtschaft vertritt diese Wahrheit nicht mehr, sie reagiert allergisch auf sie, sie spuckt und speit. Das Richtige ist jetzt das Falsche. Sie haben schon die Renten gekürzt, die Gehälter der Staatsdiener um 30 Prozent gesenkt, den Benzinpreis um fast 50 Prozent erhöht. Sie können Ihr Land nicht gesundsparen. Und die Europäische Union kann es nicht mit immer

neuen Krediten gesundspritzen. Der Tag rückt näher, da will der geschundene Körper nicht mehr. Die griechische Bauwirtschaft ist jetzt schon um 70 Prozent eingebrochen. Der Absatz der Autohändler hat sich halbiert. Ein Export von täglich fast drei Milliarden Euro, wie ihn Deutschland ausweist, ist für ein kleines Land unrealistisch. Aber die 50 Millionen Euro, die Griechenlands Außenhandel täglich erzielt, sind zu wenig. Wenn die griechische Volkswirtschaft ein Auge wäre, würde es weinen. Wenn die griechische Volkswirtschaft nur ein Wort sprechen könnte, würde sie rufen: Aufhören! Der Tag rückt näher, von dem die Investoren alpträumen. Dann wird das Wort „Zahlungsunfähigkeit“ in aller Munde sein.

Das ist aber auch der Tag, an dem eine neue Wahrheit geboren wird: Nicht sparen, sondern investieren, wird es dann heißen. Damit die griechische Volkswirtschaft wieder wächst. Nicht Schulden mit Schulden bedienen, wird man Ihnen dann empfehlen, sondern den Schuldendienst strecken, kürzen, vielleicht sogar für eine Weile ganz aussetzen. Damit die Vergangenheit das Tor in Richtung Zukunft freigibt.

Es wird ein Tag der Zumutungen sein, vor allem für jene, die Ihnen und Ihrem Volk Geld geliehen haben. Die Märkte werden stillstehen vor Entsetzen. Und dann sich der Zukunft zuwenden. Aus dem Argentinien des Jahres 2001, dem Mexiko zu Beginn der 80er Jahre und dem Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg wissen wir: Es gibt ein Leben nach dem Tod, zumindest für hochverschuldete Staaten gilt das.

Sehr geehrter Herr Papandreu, Sie haben sich und Ihrem Land zu viel zugemutet. Sie haben bisher das Unmögliche versucht. Sie sollten nun das Mögliche tun. So wie Sie als Bub die Offiziere getäuscht und das Versteck Ihres Vaters verleugnet haben, müssen Sie jetzt den Stolz der Griechen verleugnen - um Ihr Land zu retten. Gehen Sie der neuen, unbequemen Wahrheit entgegen, bevor sie an die Tür klopft. Sie ist schon unterwegs zu Ihnen.

Der Autor ist Chefredakteur des Handelsblatts. Sie erreichen ihn unter: steingart@handelsblatt.com Eine griechische und eine englische Übersetzung des Briefs finden Sie auf: handelsblatt.com/papandreu

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

neuen Krediten gesundspritzen. Der Tag rückt näher, da will der geschundene Körper nicht mehr. Die griechische Bauwirtschaft ist jetzt schon um 70 Prozent eingebrochen. Der Absatz der Autohändler hat sich halbiert. Ein Export von täglich fast drei Milliarden Euro, wie ihn Deutschland ausweist, ist für ein kleines Land unrealistisch. Aber die 50 Millionen Euro, die Griechenlands Außenhandel täglich erzielt, sind zu wenig. Wenn die griechische Volkswirtschaft ein Auge wäre, würde es weinen. Wenn die griechische Volkswirtschaft nur ein Wort sprechen könnte, würde sie rufen: Aufhören! Der Tag rückt näher, von dem die Investoren alpträumen. Dann wird das Wort „Zahlungsunfähigkeit“ in aller Munde sein.

Das ist aber auch der Tag, an dem eine neue Wahrheit geboren wird: Nicht sparen, sondern investieren, wird es dann heißen. Damit die griechische Volkswirtschaft wieder wächst. Nicht Schulden mit Schulden bedienen, wird man Ihnen dann empfehlen, sondern den Schuldendienst strecken, kürzen, vielleicht sogar für eine Weile ganz aussetzen. Damit die Vergangenheit das Tor in Richtung Zukunft freigibt.

Es wird ein Tag der Zumutungen sein, vor allem für jene, die Ihnen und Ihrem Volk Geld geliehen haben. Die Märkte werden stillstehen vor Entsetzen. Und dann sich der Zukunft zuwenden. Aus dem Argentinien des Jahres 2001, dem Mexiko zu Beginn der 80er Jahre und dem Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg wissen wir: Es gibt ein Leben nach dem Tod, zumindest für hochverschuldete Staaten gilt das.

Sehr geehrter Herr Papandreu, Sie haben sich und Ihrem Land zu viel zugemutet. Sie haben bisher das Unmögliche versucht. Sie sollten nun das Mögliche tun. So wie Sie als Bub die Offiziere getäuscht und das Versteck Ihres Vaters verleugnet haben, müssen Sie jetzt den Stolz der Griechen verleugnen - um Ihr Land zu retten. Gehen Sie der neuen, unbequemen Wahrheit entgegen, bevor sie an die Tür klopft. Sie ist schon unterwegs zu Ihnen.

Hochachtungsvoll Ihr

Gabor Steingart

Der Autor ist Chefredakteur des Handelsblatts. Sie erreichen ihn unter: steingart@handelsblatt.com Eine griechische und eine englische Übersetzung des Briefs finden Sie auf: handelsblatt.com/papandreu

Georg Weishaupt



Katar konnten die Spanier stoppen. Im Interesse des Unternehmens und seiner Mitarbeiter hätten Vorstandschef Herbert Lütkestratkötter und seine Mannschaft viel früher von vermissem Widerstand auf Kooperation umschalten müssen.

Für die Starrköpfigkeit zahlt Hochtief jetzt einen hohen Preis. Der neue Vorstands-

Der Autor ist Redakteur im Unternehmensressort. Sie erreichen ihn unter: weishaupt@handelsblatt.com